



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Neue Gymnasiale Oberstufe: Politische Bildung für alle Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zum Abitur stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das neue Fach „Politik und Gesellschaft“ in der 12. und 13. Klasse in allen Zweigen des Gymnasiums mindestens zwei Semester lang zu verankern, damit allen Schülerinnen und Schülern auf dem Weg zum Abitur eine vertiefte politische Bildung zugutekommt. Ferner sollten sich die Leistungen aus dem Fach „Politik und Gesellschaft“ in der Abiturnote widerspiegeln können, um der Wichtigkeit der politischen Bildung als Teil der Hochschulreife gerecht zu werden.

Begründung:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt die stärkere Akzentuierung der politischen Bildung in der gymnasialen Oberstufe. Damit eine Stärkung tatsächlich erfolgen kann, reicht aus unserer Sicht eine bloße Erhöhung der Stundenanzahl nicht aus.

Das entsprechende Fach „Politik und Gesellschaft“ sollte aus unsere Sicht mindestens zwei Semester lang verpflichtend in allen Zweigen unterrichtet werden, damit die zentralen Inhalte und Werte, welche unsere Demokratie tragen, an alle Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zum Abitur herangetragen und vermittelt werden. Um die Relevanz des Faches zusätzlich zu stärken, sollte dieses mit einer sogenannten Einbringungspflicht versehen werden. Dies führt zur Stärkung des Faches und dessen Inhalte und damit langfristig auch zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die unsere Demokratie prägen und weiterentwickeln.